

# Einhegung der Internetkonzerne

Die Internetkonzerne haben von Anfang an den Verlauf des Digitalisierungspfades bestimmt. Das war in der DV-Epoche trotz der Macht der IBM unvorstellbar. Europäische Politik, Wirtschaftsverbände und Wissenschaft haben die Herausforderungen des Digitalisierungspfades viel zu spät, in weiten Teilen bis heute nicht, erkannt.

## Landnahme durch private Plattformen

Die Rolle von hoheitlichen Akteuren wurde von Google & Co. übernommen, die, wie Ulrich Dolata schreibt, „die zentralen Zugänge zum Internet strukturieren; sie observieren die Bewegungsmöglichkeiten der Nutzer, kuratieren und korrigieren im großen Stil Inhalte, Informationsflüsse und Diskussionen“ (Dolata 2020, S. 7). Es ist die „Regulierung und Landnahme durch Plattformen“. Sie haben Regelungsbereiche okkupiert, etwa die privatwirtschaftliche Organisation und die Regulierung der Märkte, auf denen die Plattformen die Koordination der Marktprozesse übernommen haben. Sie können die Wettbewerbsbedingungen bestimmen. Sie haben den staatlichen Institutionen das Heft aus der Hand genommen. Gegenstrategien sind heute erkennbar, kommen aber sehr spät und treffen möglicherweise nicht den Kern.

## Vorschläge der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat im Dezember 2020 zwei Gesetze zur Einhegung der Internetkonzerne vorgelegt: Mit dem *Digital Service Act* will sie im Prinzip alles, was offline verboten ist auch online untersagen. So sollen etwa illegale Aktivitäten, wie Kinderpornografie, Hass- und Falschmails oder der Verkauf gefälschter oder gefährlicher Produkte unterbunden werden, was durch die Einrichtung einer EU-Aufsicht kontrolliert werden soll. Bei Nichtbefolgung drohen Strafen bis zu 6 Prozent des Jahresumsatzes.

*Der Digital Market Act* enthält eine schwarze Liste verbotener Verhaltensweisen und zielt auf die großen Plattformen mit über 45 Mio. Nutzern, die auf relevanten Märkten die Rolle des Gatekeepers innehaben. Verboten werden soll die Höherlistung der eigenen Produkte im Ranking als die der Wettbewerber. Unternehmen dürfen ihre Kunden darauf aufmerksam machen, dass die Produkte bei anderen Anbietern günstiger zu erwerben sind als auf der Plattform.

Auch das bisher übliche Vorgehen von Amazon, erfolgreiche Drittprodukte auf ihrer Plattform zu kopieren, soll zukünftig nicht mehr möglich sein. Hier sind die Strafzahlungen auf bis zu 10 Prozent des Umsatzes angesetzt. Der Zukauf von kleineren Unternehmen, beispielsweise von Start-ups wird meldepflichtig. Die Liste kann jederzeit ergänzt werden. Im Vergleich zum geltenden Wettbewerbsrecht wird die Kommission auf Basis des Digital Market Acts erheblich schneller eingreifen können.

Es sind späte erste Schritte, die zweifeln lassen, ob die bereits vollzogene Landnahme und damit die Macht der Plattformen so zu begrenzen ist. Ein scharfes Schwert wäre Entflechtung, Ausgliederung

bzw. Zerschlagung der Internetkonzerne, beispielsweise des Öko-Systems Facebook, WhatsApp, Instagram oder von Google und YouTube. Es sind Forderungen, die schon lange im Raum stehen und die in den USA schon von Staatsanwälten verfolgt werden. Sie stocken im EU-Rahmen, weil keine Einigung zu erzielen ist.

Gibt es andere Narrative von Autoren aus Wissenschaft und Praxis, die mit originellen und grundlegenden Ideen neue Wege aufzeigen und vielleicht zum Kern vordringen?

## Empfehlungen von Dennis Snower und Francesca Bria

Für den Präsidenten der Global Solutions Initiative Dennis Snower ist das ganze System der digitalen Plattform-Ökonomie ein Anachronismus (Heuer 2020): In einer Zeit, in der von den meisten EU-Staaten eine soziale Marktwirtschaft angestrebt wird, die auf Preisen basiert, wächst parallel eine auf Daten setzende Tauschwirtschaft, die die traditionelle Ökonomie zu verschlingen droht: Die Nutzer geben ihre Daten kostenlos an die Plattformen ab und erhalten im Gegengeschäft Internetdienstleistungen oft zum Nulltarif. Mittlerweile dominieren sie die Märkte. Der Bürger unterwirft sich den Bedingungen der digitalen Tauschwirtschaft mit einer Haltung zwischen unbekümmert und enthusiastisch. Und Juristen stellen verwundert fest, dass die alten, auf eine Offline-Gesellschaft angelegten Regulierungen für die Plattform-Ökonomie mit ihren entstofflichten Dingen und digitalen Bedürfnissen, die sich nie abnutzen und nie ausverkauft sind, nicht mehr greifen.

Snowers Lösungsansätze gehen von der Forderung aus, die Vereinnahmung der Nutzerdaten zu beenden und den Bürgern die Kontrolle „wie diese Daten und von wem wann genutzt werden, zurückzugeben“. Dem würde man sofort zustimmen. Die Probleme beginnen mit der Umsetzung. Snower teilt die Daten in drei Kategorien ein:

- *Offizielle Daten*, wie Name, Passnummer, Adresse, Fingerabdruck;
- *Gemeingutdaten*, etwa Informationen, die für Verbraucher- oder Klimaschutz oder für das Funktionieren der Stadtentwicklung oder für wissenschaftliche Forschungen nützlich sind; sie seien in einem Datenraum zu speichern und treuhänderisch zu verwalten;
- *Private Daten*, etwa *autobiografische Daten*, die jede Person selbst schafft und über die sie allein die Kontrolle behalten sollte, und Daten, die *durch Dritte generiert* werden, etwa durch Facebook bei Auswertung des psychologischen Profils der Nutzer. Bei Verwendung dieser privaten Daten sei die jeweilige Plattform in jedem Einzelfall rechenschaftspflichtig, für welche Zwecke sie diese verwenden möchte. Ein dritter Repräsentant könne diese Aufgabe stellvertretend übernehmen.

Die Kritik wird sofort mit dem Argument „bürokratischer Aufwand“ einsteigen und nachschieben, dass der normale Konsument gar kein Interesse an dieser Veranstaltung hat. Im Zeitalter hocheffizienter Digitalisierung, von Mustererkennung und KI der Plattformen ist der

Aufwand jedoch beherrschbar und vertretbar, denn angesichts des Aufwands, den die Konzerne betreiben, um die Bestandteile jedes Individuums herauszufiltern und zu einem Profil zusammenzubringen, ist dieser Sortiervorgang zumutbar. Gegen das geringe Interesse der Nutzer ist wenig zu sagen. Allenfalls, und das zählt wirklich, dass nur indem ihnen, und damit der Gesellschaft, das Recht auf ihre Daten zurückgegeben wird, der Wettbewerb um Daten eröffnet wird, was das Ende der Tauschwirtschaft wäre, Daten einen Preis, besser einen Wert, bekommen würden und der Datenschutz gestärkt werden könnte.

Francesca Brias Vorschläge gehen in eine ähnliche Richtung wie die von Snower (Bria 2020; <https://decodeproject.eu>). Ihr Narrativ beginnt mit der Deklaration von Daten als Gemeingut. Data Commons sind kollektive Daten, die zur Erzeugung eines kollektiven Wertes genutzt werden sollten, etwa zur Stadtentwicklung. Diese Einschätzung wird dadurch interessant, da Bria für die bei Snower noch fehlende Umsetzbarkeit eine praktische Empfehlung hat: Indem städtische Verwaltungen die Datenherausgabe in ihre Verträge mit Tech-Konzernen einschreiben, die in ihrer Region aktiv werden wollen. Beispielsweise beim Management von Leihfahrrädern oder bei der Lizenzvergabe an Airbnb oder an Telefongesellschaften. Des Weiteren: Mit den vorhandenen Daten sollten Algorithmen entwickelt werden, die im Interesse der Bürger sind. Das Narrativ sollte in Städten und Kommunen statt Big Tech oder Big State in Zukunft Big Democracy und Big Ecology sein, konkret durch Einrichtung eines öffentlichen Data-Trusts. Bürger verwalten dann ihre Daten über eine App selber, die mit einer „Decode-Wallet“ eine Schnittstelle enthält, mit der sie entscheiden, welche Daten sie an die Stadt oder Kommune weitergeben, damit kommunale Entscheidungen getroffen werden können.

Dieses Szenario, in Teilen in Barcelona realisiert, hebt sich von bisher bekannten Szenarien ab, wo keiner mitbekommt, ob seine Daten bei einer Versicherung, beim CIA oder bei einer Wohltätigkeitsorganisation landen und er Teil eines Geschäftsmodells wird. Die Umsetzung dieses Narrativs setzt die Begleitung durch eine Orientierungsbildung zur digitalen Transformation in Schulen und Hochschulen voraus, die mehr ist als die Vermittlung von Medienkompetenz, *Data Literacy* oder das Erlernen einer Programmiersprache.

*Essay Arno Rolf*

Literatur:

Bria, F. 2020: Holt Euch Eure Daten zurück, Interview mit Niklas Maak: In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.20, S. 13

Dolata, U. 2020: Plattform-Regulierung. Koordination von Märkten und Kuratierung von Sozialität im Internet. In: Berliner Journal für Soziologie 29, S.179-206

Heuer, U. J. 2020: Völlig falsche Richtung. In: Die Zeit, Nr. 47

Fragen:

(1) Was meint der Sozialwissenschaftler Dolata mit seiner Kritik von

der Landnahme durch private Plattformen? Ist die Einschätzung berechtigt?

(2) Was will die EU-Kommission mit dem *Digital Service Act* und dem *Digital Market Act* erreichen?

(3) Was schlagen Dennis Snower und Fransesca Bria vor? Haltet ihr ihre Empfehlungen zur Einhegung der Plattformen für überzeugend?